



GEWERBEVERBAND DER STADT ZÜRICH

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Liebe Unternehmerinnen, liebe Unternehmer

Vor einem Jahr durfte ich das Präsidium des GVZ übernehmen. Ich bin erfreut über die gute Stimmung in unserem Verband. Das Engagement unserer Milizler ist gross. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam viel erreichen werden.

Im Jahr 2013 mussten sich einige Gewerbevereine gegen weitere Verkehrs- und Parkierbeschränkungen wehren, so insbesondere Albisrieden und Wollishofen. Es ist ein Kampf zwischen David und Goliath, aber die Medienpräsenz hat unserer Sache sicherlich gedient. Der Gewerbeverein Altstetten-Grünau wehrte sich mit einer Petition gegen die Veränderung der Tramlinie 2, die beim Gewerbe sicherlich Verlierer produzieren wird. Der GVZ unterstützt, wo er kann.

Im März 2012 – vor zwei Jahren – lancierte der GVZ zusammen mit dem Hauseigentümerverband Zürich (HEV) die Volksinitiative «Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen». Ende 2013 mussten wir mit Befremden zur Kenntnis nehmen, dass der Stadtrat unsere Anliegen rundherum ablehnt, ja nicht einmal einen Gegenvorschlag präsentiert. Die Ombudsstelle sei nicht nötig und produziere zusätzliche Bürokratie. Beides trifft nicht zu. Dieser Abstimmungskampf wird unseren ganzen Einsatz fordern.

Ende September 2013 wartete der GVZ zum zweiten Mal an der Züspa auf. Aufgrund der guten Umfrage-Ergebnisse im Vorjahr war unser Stand viel grösser und an top frequentierter Lage. Angesichts der bevorstehenden Wahlen waren die politischen Parteien sehr gut vertreten. Die Beteiligung des Gewerbes war hingegen eher enttäuschend, es konnten nicht alle Standplätze vergeben werden. Deswegen haben wir das Angebot verfeinert: 2014 kann man die Stände auch tageweise mieten.

Wir freuen uns, dass am 9. Februar 2014 die Mitglieder unserer KMU Gruppe Gemeinderat allesamt wiedergewählt wurden. Herzliche Gratulation! Und herzlichen Dank dafür, dass Sie mich in meinem ersten Amtsjahr mit Tatkraft und Ideen unterstützt haben.

Mit grossem Engagement
Ihre

Nicole Barandun-Gross



**GEDANKEN
DER PRÄSIDENTIN**
Seite 1

JAHRESBERICHT
Seite 2

**EINLADUNG ZUR
173. DELEGIERTENVERSAMMLUNG**
Seite 8

**DV 2014 -
TRAKTANDENLISTE**
Seite 8

Ordentliche Delegiertenversammlung

Die 172. Delegiertenversammlung des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich fand am 28. Mai 2013 im FIFA Gebäude statt. Es konnten 95 Mitglieder, Gäste und Vertreter der Medien begrüsst werden. Darunter waren 39 Delegierte mit Stimmberechtigung. Gastreferent Ernst Stocker, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements des Kantons Zürich, sprach zum Thema «Nachhaltigkeit für einen gesunden Wirtschaftsstandort Zürich». Der anschliessende Apéro riche bot Gelegenheit zu ausgiebigen Gesprächen.

Statutarische Geschäfte

Das Protokoll der 171. Ordentlichen Delegiertenversammlung vom 15. Mai 2012 wurde einstimmig genehmigt und verdankt. Die konsolidierte Jahresrechnung 2012 schloss mit einem Ertragsüberhang von 2'326.25 Franken ab. Die Versammlung genehmigte die Jahresrechnung zusammen mit dem Revisionsbericht einstimmig.

Das Budget 2014 rechnet mit einem konsolidierten Kostenüberhang von 2'415.00 Franken.

Wahl/Rücktritt

Nicole Barandun-Gross, Rechtsanwältin, wurde als Nachfolgerin von **Richard W. Späh** einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt.

Der GVZ dankt Richard W. Späh herzlich für seinen 13-jährigen Einsatz für die Zürcher KMUs. Es ist während seiner Amtszeit gelungen, die Politik vom Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen zu überzeugen. Der GVZ setzt sich weiter dafür ein, dass die Politik den Mittelstand nicht vergisst.

Vorstand GVZ

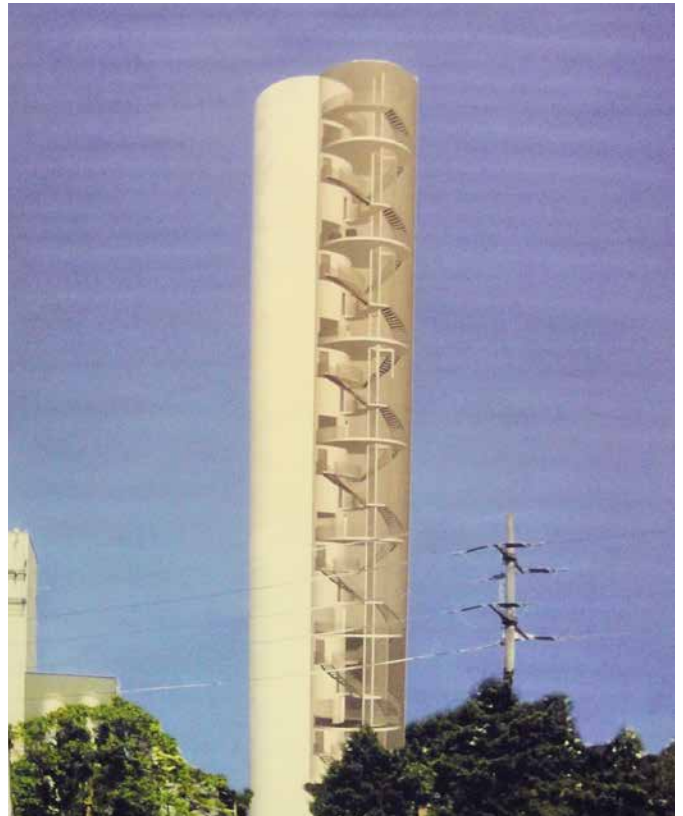
2013 traf sich der Vorstand wie auch der Vorstandsausschuss zu fünf ordentlichen Sitzungen. Im Zuge der Nachfolgeregelung des Präsidiums fand eine Vorstandssitzung als ausserordentliche statt. Folgende Themen wurden dabei zentral behandelt:

Teilsieg bei Parkplatzverordnung

15. März 2013: Dank der gemeinsamen Intervention von HEV, ACS, City-Vereinigung und GVZ wurden die überzogenen Vorschriften für die Erstellung von Velo-Parkplätzen aus der städtischen Parkplatzverordnung gestrichen. Am 15. März bekamen wir auch vom Baurekursgericht Recht: Es teilt unsere Auffassung, dass die Eingriffe in die Eigentumsfreiheit zu weit gehen. Trotzdem verzichten wir auf weiteres Prozessieren. Dies weil der Stadtrat ebenfalls auf einen Weiterzug verzichtet und weil das bisher Erreichte durch die nächste Instanz wieder zunichte gemacht werden könnte.

Aktion «Josefareal für das Gewerbe»

19. März 2013: Platz tut not – der GVZ setzt sich ständig für mehr Gewerbebaum in der Stadt ein. Einige Medienpräsenzen konnten wir mit unserer Josefareal-Aktion erreichen. Die Hochbauzeichner/innen der Berufsschule Zürich haben für den GVZ-Wettbewerb «Josefareal» grossartige Projektideen eingereicht. An der Pressekonferenz (Bericht im TA vom 19. März) lobte Stadtrat Odermatt den Einsatz der Studenten. Natürlich werden verschiedene Gruppen sich für das Josefareal interessieren.



Siegerprojekt «Collatio», der beste Entwurf der Berufsschüler für ein Gewerbehaus auf dem Josefareal.



Stadtrat André Odermatt gratuliert dem Siegerteam mit einem Couvert mit 1'200.00 Franken, gestiftet vom GVZ.

Passantenstopper: Teilsieg vor Bundesgericht

12. Juni 2013: Das juristische Hickhack um die Passantenstopper dauerte seit November 2009 an. Damals erklärte eine neue Verordnung Passantenstopper ab 1 m² als kostenpflichtig. Ein üblicher Passantenstopper misst indes nur 0.8 m². Gemäss Wortlaut der Verordnung wären diese also gratis. 2010 wies der Bezirksrat unsere Beschwerde ab und 2011 wollte sich das Verwaltungsgericht aus formalen Gründen nicht mit unseren Argumenten befassen. Nun hat das Bundesgericht am 12. Juni 2013 entschieden, dass das Verwaltungsgericht die Frage beantworten muss, ob Passantenstopper, die kleiner sind als ein Quadratmeter, ebenfalls bewilligungs- und kostenpflichtig werden. Unsere Erwartungen sind gedämpft, aber immerhin ist es gelungen, die Bewilligungspflicht um mindestens 4 Jahre hinauszuzögern.

Rosengartenstrasse... nach 42 Jahren Provisorium Tunnelbau bis 2032

1. Oktober 2013: Stadt- und Kantonsverwaltung haben geeint eine Lösung zum Rosengartenproblem präsentiert. Das ist eine Sensation, auf die man seit über 40 Jahren wartet. Der Westtunnel hat Erleichterung gebracht, aber mit der Einführung der Busspur auf der Rosengartenstrasse hat sich der Stau rückverlagert. Das beschert dem Gewerbe immensen Zeitverlust, sprich Zusatzkosten. Aber selbst wenn der Tunnelbau noch bis 2032 dauert... es ist ein Novum, dass Stadt und Kanton sich darauf einigen konnten.



Rosengartenstrasse ab 1935 bis zum Provisorium 1972.

Züsapa 2013

26. September bis 5. Oktober 2013: Die beliebte «Gewerblerzone» wurde an eine topfrequentierte Lage umplatziert. Drinks gab es wie immer an der GVZ-Bar... aber 2013 war die Gemütlichkeit mit reichlich Gewerbe-Politik gepfeffert! In der Züri-Arena präsentierten bekannte Persönlichkeiten, was sie für das Gewerbe erreichen wollen – oder auch nicht. Dabei waren u.a.: Christoph Blocher (SVP), Roger Köppel (Weltwoche), Strafrechtsprofessor Martin Killias, Albert Leiser (HEV), RuthENZler (ACS), Daniel Vischer (Grüne) und natürlich GVZ-Präsidentin Nicole Barandun.

Verkehrspolitik: Viel Ärger fürs Gewerbe

März bis Oktober 2013: Mit teuren Massnahmen wird der Verkehr verlangsamt, umgeleitet, blockiert. Parkplätze werden verschoben und vernichtet. Der GVZ unterstützte die Gewerbevereine Albisrieden, Wollishofen und Altstetten-Grünau in ihrem Kampf gegen die unablässigen «Aufwertungspläne» der Stadt. Die politischen Mittel: Networking, Sammeln von Unterschriften für Petitionen, Teilnahme an Übergabe Petitionen und Einreichung von Einwendungen.



«Aufwertung» Zentrumsbereich Albisrieden: Kapphaltestellen verhindern den Verkehrsfluss.

Widerstand gegen Neugestaltung Mutschellenstrasse

Die Stadt will das Gebiet um die Migros am Morgental neu gestalten und Tempo 30 einführen. Nun regt sich Widerstand.

Kommt Dienen

Ort, wo die Stadt in Eigenregie handeln kann, ansonsten sie etagen, um Tempo 30 einzuführen, den Verkehr zu beruhigen – oder zu behindern, je nach Sichtweise. Bei der Planung der Neugestaltung der Tramhaltestelle Morgental lagerten die Arbeiter nochmals von vorne – weil der Kanton das städtische Vorhaben mit dem Kapitalbesitzer abgestimmt haben sollte. Im Gegensatz dazu hat die Stadt nun einen im Quartier kontrovers diskutierten Planungsvorschlag zur Neugestaltung des Gebiets Mutschellen- und Einzelstrasse rund um die Migros gestartet.

Einwendungen gegen diese Planung (im rechtlichen Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens) müssen bis zum 22. Juli bei der Stadt sein. Dass die Frist weit in die Sommerferien gelegt ist, mag Zufall sein – oder Taktik. So oder so wollen nun der Gewerbeverein Zürich 2, bürgerliche Politiker sowie verschiedene Anwoh-

ner Druck aufsetzen und Einsprechen gegen die Pläne machen, wie es gegenüber «Zürich 2» heisst. Die Kritik betrifft insbesondere die Wegfällung von weit mehr als der Hälfte der Parkplätze vor der Migros. «Meine Anpostellen holen sich oft ein Zehnminutenparken kurz vor der Migros», sagt Gewerbevereinspräsident Christian Pösch. Ausserdem im Parkhaus sei mühsam und zeitaufwendig.

Schleicherverkehr erwartet

Gewerbevereinspräsidentin Theresia Homach bezweifelt, dass die Mutschellenstrasse für die Quartiersversorgung wichtig und deshalb nicht blockiert werden dürfe. «Die Verkehrsbehinderung darf nicht so unattraktiv genannt werden, dass die Ortsbürger über die Tannerstrasse ausweichen», betont die langjährige, ehemalige Gemeinderätin. Zudem seien die geplanten Mittelstreifen Blumenläden mehr, als dass sie dem Verkehrsfluss helfe. Ausserdem werde die Situation für Verkäufer und Passagiere gefährlicher. «Ebenso wird durch die Anforderungen der Grossverleiher (Migros und Denner) mit grossen LKWs kein Fahrzeug mehr passieren können», betont Christian Pösch. Sogar sei auch, dass kein einziger Anwohner vorge-



Die Mehrheit dieser Parkplätze entlang der Mutschellenstrasse will die Stadt abkaufen. Die Parkplätze werden an die Einzelstrasse versetzt. Nun regt sich Widerstand gegen das Anliegen der Stadt Zürich. Foto: GZ

gig direkt kontaktiert wurde und – wenn man nicht regelrecht das «Tugblitz» los-, die geplante Umgestaltung einfach zur beschlossenen Sache werde.

U-Wollishofer meldet sich

Im gleiche Horn bläst Hans Peter Bucher, Architekt und langjähriger Wollishofer. Ihm gehört das Haus an der Einzelstrasse 2. Für ihn ist die leicht überhöhte Ausschreibung im Tugblitz «sehr befremdend». Die Ausschreibung sei das Werk klassischer Schulbuchhändler, wie er betont. Ein streben im meinen die künftig stark

eingeschränkte Warenabholung für denner, Migros und das Unihändeli, das Wegfallen vieler Parkplätze sowie die geplanten Baumplanungen an streifenden Stellen.

Es sei nun wichtig, dass die betroffenen Anwohner und Gewerbe bis zum 22. Juli eine entsprechende Einsprache machen würden, betont Pösch. Homach und Bucher unions-

Planungsfuge noch bis 22. Juli: Teilnahmen der Stadt Zürich, Hans der Industriellen Betriebe, Bestenplatz 2, 8001 Zürich, Mo bis Do 7 bis 13 Uhr, Fr 7 bis 13 Uhr.

Neugestaltung Mutschellenstrasse in Wollishofen: Die Läden verlieren ihre Parkplätze.



Foto: Thomas Hoffmann, Quartierzeitung Zürich West
Der Gewerbeverein Altstetten-Grünau im Stadthaus mit ihrer Petition und 6000 Unterschriften. Sie fordern, dass die Tramlinie 2 bleibt, wie sie ist. Gemäss Stadtrat und Regierungsrat ist das Projekt jedoch «nicht verhandelbar».

Ladensterben in Höngg

4. November 2013: Ladenschwund in Höngg: Geschäfte schliessen und stehen länger leer. Eine Umfrage bei den 13'200 Höngger Haushalten ergibt, dass 81 % der Befragten regelmässig lokal einkaufen und sich mit Alltagsgütern eendecken. 56 % der Höngger sagen jedoch, dass sie mindestens 1 x pro Monat in der City einkaufen, im Letzipark (29 %), in Regensdorf (26 %) und in Altstetten (23 %). In Höngg vermischen sie Läden mit Papeterie, Haushaltgeräten, Spielwaren, Multimedia, Sportartikeln und Büchern. Als zentrales Problem wird die Verkehrsproblematik rund um den Meierhofplatz wahrgenommen. Am 4. November 2013 informierte der Verein Handel und Gewerbe Höngg (HGH) an einer Pressekonferenz. GVZ-Präsidentin Nicole Barandun war dabei.

Neue BZO löst Befremden aus

9./10. Dezember 2013: Alles spricht seit Jahren von Verdichtung... umso enttäuschender war der BZO-Entwurf der Stadt Zürich, die ganz auf Aufzonierungen verzichtet. Zusammen mit dem Hauseigentümergebiet (HEV) und der Vereinigung Zürcher Immobilienunternehmungen (VZI) organisierte der GVZ eine Veranstaltung im Amtshaus IV (Podium «Neue Bau- und Zonenordnung Zürich»). An einem weiteren Anlass zur BZO besuchten GVZ-Mitglieder die Ausstellung «Wachsen, aber richtig!», wobei konkrete Fragen zum Stadtmodell fachkundig beantwortet wurden.

Einwendungen des GVZ zur neuen BZO

23. Dezember 2013: Der GVZ reichte auf 12 Seiten seine Einwendungen zur Teilrevision der BZO formell und fristgerecht ein. Das Wichtigste in Kürze:

- kein haushälterischer Umgang mit dem Boden
- keine Anreize für Bauinvestoren
- dadurch keine Erneuerung, bzw. Verbesserung der Energieeffizienz
- statt unter dem Motto «Wachsen, aber richtig» steht der Vorschlag des Stadtrats unter dem Motto der fünf V's: Verknappen, Verteuern, Verstaatlichen, Vertreiben und Verhindern
- dadurch kein Wachstum in Zürich



Der Vorschlag des Stadtrates für eine neue BZO bringt kein Potenzial.

Stadtrat will keine Ombudsstelle in Bausachen

Mit Befremden haben die beiden Initianten Hauseigentümerverband Zürich (HEV Zürich) und Gewerbeverband der Stadt Zürich (GVZ) zur Kenntnis genommen, dass der Zürcher Stadtrat ihre Volksinitiative «Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen» ablehnt und auch keinen Gegenvorschlag ausarbeitet. Damit setzt sich der Stadtrat über 4'386 Unterschriften hinweg, die im September 2012 übergeben worden waren.

Am 30. Januar 2014 reagierte der GVZ mit einer Pressemitteilung. Die KMU-Gruppe Gemeinderat leistet derzeit Überzeugungsarbeit bei ihren Ratskolleg/innen. Die Volksabstimmung wird uns vollen Einsatz abfordern.



Papierrolle mit Dutzenden von Kontaktstellen im Bauamt. Mit ihren Auflagen kumulieren sie die Baukosten, ohne sich gegenseitig abzusprechen (Pressekonferenz für die Ombudsstelle im März 2012).

Lehrstellenforum wird Berufsbildungsforum

Das neue Berufsbildungsforum geht aus dem 1999 gegründeten Lehrstellenforum hervor. Er bezweckt den Ideenaustausch zwischen allen Interessengruppen, die sich mit Berufsbildung befassen: Schule, Wirtschaft, Berufsberatung und Elternrat. GVZ-Präsidentin Nicole Barandun hat den Vorsitz des neuen Vereins, der die Stellung der Berufslehre sichern will.

Abstimmungen

Der GVZ verschickte der Presse folgende Abstimmungsparolen für die Urnengänge im Jahr 2013:

Eidgenössische Volksabstimmungen

Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Abstimmung vom 3. März 2013: Die Abzocker-Initiative geht zu weit. In der Privatwirtschaft sollen die Eigentümer über ihre Gelder entscheiden, was durch die Revision des Aktienrechts bereits gestärkt wurde (Aktionärsrecht). Die Initiative vertreibt mit ihrer Überregulierung tendenziell die börsenkotierten Unternehmen aus der Schweiz, von denen schweizweit 375'000 KMUs direkt oder indirekt profitieren. Der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments ist vollkommen ausreichend, um die grössten Lohn-Exzesse zu verhindern. Parole des GVZ: Nein zur Abzockerinitiative und Ja zum indirekten Gegenvorschlag.

Die Initiative wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 68 % angenommen. Dies war die dritthöchste Zustimmungsrate zu einer Volksinitiative in der Schweiz überhaupt.

Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz)

Abstimmung vom 3. März 2013: Mit dem neuen Raumplanungsgesetz werden die Gemeinden gezwungen, haushälterisch mit ihrem Boden umzugehen. Das ist wichtig, weil zu grosse Baulandreserven die Zersiedelung begünstigen. Bei Grundstücken, die neu als Bauland eingezont werden, muss der Eigentümer mindestens 20 Prozent des Mehrwerts an Kanton und Gemeinde abgeben. Dieses Geld wird verwendet, um jene Eigentümerinnen und Eigentümer abzugelten, die Anspruch auf eine Entschädigung haben, weil ihre Grundstücke aus der Bauzone rückgezont wurden und dadurch an Wert verloren haben. Eine gerechte Lösung. Parole des GVZ: Ja zum Raumplanungsgesetz.

Die Vorlage wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 62.9 % angenommen.

Änderung des Arbeitsgesetzes («Bratwurst-Legalisierung»)

Abstimmung vom 22. September 2013: Die jetzige Sortimentsbeschränkung in den Tankstellenshops bringt den Arbeitnehmenden keinen Schutz, sondern Ärger mit den Kunden. Sie arbeiten sowieso, müssen aber jetzt einer verständnislosen Kundschaft erklären, warum sie nicht kaufen dürfen, was in den Regalen liegt. Die jetzige Regelung ist arbeitnehmer- und wirtschaftsfeindlich. Parole des GVZ: Ja zur Änderung des Arbeitsgesetzes.

Die Vorlage wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 55.8 % angenommen.

Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne»

Abstimmung vom 24. November 2013: Die Volksinitiative ist eine überrissene Reaktion auf die Lohnexzesse in gewissen

internationalen Konzernen. Millionenbezüge sind aber die Ausnahme, in den ca. 300'000 KMUs (99% der Unternehmen in der Schweiz) herrscht mehr oder weniger Lohngerechtigkeit. Die 1:12 Vorschrift bringt Bürokratie für alle und wird erst noch keine hohen Löhne verhindern, sondern bloss ins Ausland verlegen. Parole des GVZ: Nein zur 1:12 Initiative.

Die Initiative scheiterte mit einem Nein-Stimmenanteil von 65.3%.

Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes (Autobahn-Vignette)

Abstimmung vom 24. November 2013: 400 Kilometer Kantonsstrassen sollen ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden, dazu noch zwei neue Autobahnabschnitte (Morges, Glattal) – das soll der Privatverkehr mit einem 150% Aufschlag des Vignettenpreises finanzieren. Bereits jetzt zahlen Strassenbenutzer rund 10 Milliarden an Steuern, Gebühren und Abgaben. Davon werden nur 30% in die Strasseninfrastruktur investiert, der Rest finanziert u.a. den öffentlichen Verkehr. Ungerecht ist zudem, dass auch Wenigfahrer die vollen 100 Franken hinblättern müssen. Parole des GVZ: Nein zur Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes.

Die Vorlage scheiterte mit einem Nein-Stimmenanteil von 60.5%.

Kantonale Volksabstimmungen

Volksinitiative «Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton Zürich (Bonzensteuer)»

Abstimmung vom 9. Juni 2013: Gemäss Vorlage ist jeder ein Bonze, der über 2 Millionen Vermögen ausweist. Das sind vor allem fleissige Mittelständler, die häufig ein Gewerbe betreiben, investieren und Mitarbeiter beschäftigen. Ein erfolgreiches KMU zahlt pro 1 Franken Gewinn heute schon 50 Rappen an Steuern und Sozialversicherungen. Nun verlangen die Jusos, dass die Vermögenssteuer von 3 auf 4.5% Promille erhöht wird, was die Betriebskasse mit weiteren Steuertausendern belasten würde. Das lokale Gewerbe würde dies wohl zähneknirschend bezahlen. Die wirklichen «Bonzen» würden aber wohl in einen Kanton ziehen, der auch die stärksten Steuerzahler gut behandelt. Parole des GVZ: Nein zur Bonzensteuer. *Die Initiative scheiterte mit einem Nein-Stimmenanteil von 61.6%.*

Städtische Volksabstimmungen:

Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Grundkapital von 80 Millionen Franken (Umsetzung einer Volksinitiative)

Abstimmung vom 3. März 2013: Die Vorlage ist unnötig und teuer. In der Stadt gibt es mit rund 25% Genossenschaften schon genügend bezahlbare Wohnungen. Es müsste nur darauf geachtet werden, dass diese Wohnungen auch tatsächlich an Personen mit geringem Einkommen vermietet werden würden. Parole des GVZ: Nein.

Die Vorlage wurde mit 75.3% Ja-Stimmen angenommen.

Objektkredite Stadion Hardturm und Wohnsiedlung Hardturm

Abstimmung vom 22. September 2013: Das Stadion ist ein Muss für Fussballbegeisterte und die optimale Vermarktung des Fussballs. Die Wohnsiedlung Hardturm mit 154 günstigen Wohnungen wird nur realisiert, wenn das Stadion eine Mehrheit findet. Beide Bauprojekte sichern Arbeitsplätze in der

Stadt Zürich. Parolen des GVZ: Ja zum Stadion Hardturm und Ja zur Wohnsiedlung Hardturm.

Der Bau des Stadions wurde mit 50.8% Nein abgelehnt, die Wohnsiedlung mit 62.2% Ja angenommen. Damit ist der Bau der Wohnsiedlung ungewiss, denn der Kauf des Areals, auf dem die Wohnsiedlung gebaut werden sollte, war an die Bedingung gekoppelt, dass darauf dereinst auch ein Sportstadion erstellt wird.

Landerwerb Lagerstrasse (Objektkredit von 16.69 Millionen Franken)

Abstimmung vom 24. November 2013: Die enge Lagerstrasse ist ärmlich und der Überbauung Europaallee (400 Wohnungen, 6'000 Arbeitsplätze) nicht würdig. Für eine grosszügige Lösung muss die Stadt der SBB 4'900 Quadratmeter Land abkaufen. Pro Meter zahlt sie 1'810 Franken, also eher wenig für die zentrale Lage. Der Vorwurf der AL (Alternative Liste), dass die SBB Immobilienspekulation betreibt, trifft vorliegend nicht zu. Parole des GVZ: Ja zum Objektkredit Lagerstrasse.

Die Vorlage wurde mit 61.8% Ja-Stimmen angenommen.

Stadrats- und Gemeinderatswahlen 2014

Wahlen vom 9. Februar 2014: Die CVP, FDP und SVP haben sich zusammengetan und als TOP5 den Wählenden präsentiert. Der GVZ hat zusammen mit dem Forum Zürich für die TOP5 und für die KMU-freundlichen Gemeinderäte Inserate geschaltet und am 7. Januar 2014 die Veranstaltung «Wie viel Gewerbe braucht die Stadt» im Swissôtel Oerlikon organisiert. Erfreulicherweise konnte Filippo Leutenegger (FDP) den verlorenen Sitz im Stadtrat wieder zurückgewinnen, Gerold Lauber (CVP) und Andres Türlér (FDP) wurden im Amt bestätigt. Die Mitglieder der KMU-Gruppe Gemeinderat wurden ausnahmslos wiedergewählt. Zusätzlich gelang Elisabeth Schoch (FDP, Kreis 4+5) den Einzug ins Parlament.

KMU-Gruppe Gemeinderat

Daniel Meier (FDP) und Theo Hauri (SVP) verlassen den Gemeinderat und somit auch die KMU-Gruppe. Der GVZ dankt den beiden für ihren Einsatz für das Gewerbe.

2013 begrüssen wir Christian Huser (FDP und Vorstandsmitglied GVZ), Roberto Bertozzi (SVP) und Urs Egger (FDP) in der KMU-Gruppe. Auch die SP-Gemeinderäte Pawel Silberring und Marco Denoth machen mit. Wir freuen uns über diese Verstärkung und auf eine konstruktive Zusammenarbeit!

Nicole Barandun übernahm im Frühling 2013 die Leitung der KMU-Gruppe Gemeinderat. Die im Geschäftsjahr auf 16 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gewachsene Gruppe befasste sich an fünf Sitzungen mit einer breiten Palette an gewerblichen Anliegen. Dieser Austausch ist für das Gewerbe äusserst wichtig, da so zusätzliche Argumente in die Fraktionen getragen und gewerbefindliche Vorstösse gehemmt oder gar verhindert werden.

Diskussionsthemen 2013

- Abfallverordnung
- Baugesuche, lineare Senkung der Gebühren für deren Prüfung (2007/52)
- «Bildet Lernende aus» als Submissionskriterium (2008/160)

- Brocki-Land Wiedikon – Preisanschreibpflicht
- BZO Bau- und Zonenordnung
- Die Zukunft des EWZ – mit Stadtrat Andres Türler
- Gewerbebezonen
- Kehrriechverbrennungsanlage Josefstrasse
- Lärmbelastete Flächen
- Neugestaltung Raum Albisrieden, 30er-Zonen, Spurreduktion
- Parkhäuser Oerlikon
- Parkplatz-App
- Provisorium der Skater-Halle Grünau
- Regelungen der Gewerbeplatzplätze
- Röschibachstrasse/-platz in Wipkingen
- Schliessung Waldegg
- Schnittstelle Schule und Berufswelt: Lehrstellenforum im Laufbahnzentrum
- Studie «Entwicklung des Gewerbes»
- Tempo 30-Zonen
- Verkehr durch Pendler
- Teilrevision der BZO; Ergebnis der gewerblichen Einwendungen pendent.

Tripartite Kommission Arbeitsintegration (TPK AI)

Der Delegation gehören an: David Brunner, Vorstand GVZ, Robert Egger, Vorstand GVZ, Armin Schilter, Vorstand GVZ, Werner Rom, ad personam, Delegationsleiter.

- Die TPK AI hat an ihren Schwerpunkten im vergangenen Jahr weiter gearbeitet. Im Berichtsjahr ist die Kommission zu drei Sitzungen zusammen getreten. In der Arbeit der Kommission widerspiegelt sich auch immer wieder der Verlauf der Wirtschaftslage.
- Unsere Delegation hat, wie auch in den vergangenen Jahren, das Hauptaugenmerk auf die Effizienz der geleisteten Arbeit und die Höhe der Vermittlungsquoten der verschiedenen Leistungsanbieter.

Kongresshaus-Stiftung Zürich

Auch 2013 war ein sehr intensives Stiftungsjahr. Es ist in der Stadt Zürich schwierig, grosse Projekte zu realisieren (Nein des Volkes zum Stadionprojekt und zum Neubauprojekt Moneo). Dass nun aber auch die Instandstellung von Tonhalle und Kongresshaus ins Stocken gerät, war überraschend.

Der Stadtrat hat entschieden, auf ein neues Kongresszentrum zu verzichten und setzt auf den bestehenden Standort. Damit ist der Weg frei, statt der blossen Instandstellung ein umfangreicheres Umbauprojekt zu planen.

Die von den Planern errechneten Kosten belaufen sich auf ca. 140 Millionen Franken. Die geschätzte Bauzeit erhöht sich um 6 Monate auf 2 Jahre. Zudem muss der Umbaustart wegen den nötigen Fristen für die politische Abwicklung inklusive Volksabstimmung nach hinten geschoben werden. Geplant ist die Sanierung jetzt ab Sommer 2016 bis Sommer 2018.

Im Zusammenhang mit dem Sanierungsprojekt kamen im Gemeinderat kritische Stimmen zur Stiftung und ihrer zukünftigen Rolle auf. Der Stadtrat muss nun das Bauprojekt vorstellen und dem Gemeinderat darlegen, wie er die Zukunft der Stiftung sieht. Die Kongresshausstiftung als Eigentümerin des Landes

und der Gebäude wurde 1938 aus der Taufe gehoben mit dem Stiftungszweck an diesem Standort ein Kongresshaus und die Tonhalle zu betreiben.

Gründer waren die Tonhalle (sie hat ihre Gebäulichkeiten eingebracht), die Stadt (sie hat die Gebäude des Kongresshauses eingebracht), der GVZ (er steuerte 200'000 Franken bei) und das heutige Zürich Tourismus. Die Stiftung ist eine privatrechtliche Stiftung. Die Sitzverteilung ist bis heute unverändert (Stadt Zürich 3 Sitze, Tonhalle 2 Sitze, GVZ und Zürich Tourismus je 1 Sitz).

Das Hauptproblem der Stiftung ist, dass sie ohne finanzielle Mittel gegründet wurde. Diese mussten bei grösseren Sanierungen immer wieder über Darlehen oder Bankkredite beschafft werden. Den 60 Millionen Darlehen von der Stadt, den rund 10 Millionen Bankschulden und den 4 Millionen Darlehen von der Betriebsgesellschaft stehen als Gegenwert das Land und die Gebäulichkeiten Kongresshaus/Tonhalle gegenüber. Ausser den Mieteinnahmen der Betriebsgesellschaft Kongresshaus, die 1:1 wieder in den Unterhalt investiert werden, gibt es keine Einnahmen.

In zwei Workshops machte man sich Gedanken über die zukünftige Organisation der Stiftung. Dabei kam man zum Schluss, dass die jetzige Organisation gar nicht so schlecht ist. Es ist verständlich, dass die Stadt stärker Einfluss nehmen möchte. Dies würde aber auch mit einer Aufstockung der städtischen Vertreter im Stiftungsrat erreicht. Auf jeden Fall muss der Stiftungszweck erfüllt werden.

Der Bauausschuss befasste sich zusätzlich mit der Frage, wie hoch der Finanzbedarf ist, bis die Sanierung beginnt. Angesichts des teilweise prekären baulichen Zustands wird die Mittelbeschaffung immer schwieriger.

Förderverein des GVZ

Der Förderverein des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich wurde am 19. Mai 2003 gegründet und hat den Zweck, den GVZ in seiner Tätigkeit zu unterstützen. Das 10-jährige Jubiläum haben wir nicht speziell gefeiert. Die Genugtuung, die im Jahr 2002 gesetzten finanziellen Ziele mehr als erreicht zu haben, ist jedoch gross. Grossen Dank verdient an dieser Stelle der engagierte Präsident Max Messmer.

Der Förderverein bildet mittlerweile eine unverzichtbare Finanzierungsquelle des GVZ. So wurde denn auch für das Jahr 2014 ein Förderbeitrag von 100'000 Franken budgetiert.

2013 wurden ausnahmsweise keine Förderbeiträge gesprochen. Der Präsidentenwechsel beim GVZ hat zu einer finanziellen Verschnaufpause geführt. Dies hat den erfreulichen Nebeneffekt, dass die «Kriegskasse» für das Jahr 2014 gut dotiert ist. Im Abstimmungskampf zur Volksinitiative Ombudsstelle in Bausachen sind diese Mittel sehr willkommen.

Der monatlich stattfindende Lunch-Stamm erfreut sich weiterhin grosser Beliebtheit. Regelmässig nehmen rund 30 Fördermitglieder an diesem Networking-Anlass teil. Sehr erfreulich ist, dass der Kreis der langjährigen Teilnehmer immer wieder durch Neumitglieder und Gäste ergänzt und bereichert wird.

Der Verein zählt unverändert gut 80 Mitglieder. Angestrebt wird nach wie vor eine Vereinsgrösse von 100 Mitgliedern. Wir freuen uns, wenn wir auch dieses Ziel bald erreichen.

Stiftung Bauen und Wohnen SBW Zürich

Seit 2005 ist der GVZ an der Stiftung Bauen und Wohnen beteiligt, die 1952 von den bürgerlichen Parteien BGB, CVP, EVP, FDP und dem Landesring gegründet wurde. Sie verwaltet heute 130 Wohnungen in der Stadt Zürich und in Affoltern a/Albis. Neu im Berichtsjahr ist eine Liegenschaft in Zürich Oerlikon dazugekommen. Innerhalb des Stiftungsrates, der von Hansjörg Sörensen präsidiert wird, hat es Mutationen gegeben. Remy Ammann wurde durch Reto Rudolf ersetzt (beide CVP) und der verstorbene Robert Bösch wird demnächst durch Erika Rüedi-Meier (EVP) ersetzt. Die Stiftung bemüht sich günstigen Wohnraum der Bevölkerung anzubieten ohne öffentliche Beiträge zu benötigen. Durch eine zurückhaltende Finanzpolitik sind wir in der Lage, nach passenden Liegenschaften oder Bauland Ausschau zu halten, um unser Angebot zu erweitern. Gerne nehmen wir Hinweise von gewerblicher Seite entgegen.

Kantonaler Gewerbeverband

Der GVZ ist durch seine Präsidentin im Vorstand, dem leitenden Ausschuss und der ERFA-Gruppe des KGV vertreten und bringt dort die städtischen KMU-Anliegen ein.

Präsidentenkonferenz/ERFA der Quartier-Gewerbevereine

An den beiden ERFA Sitzungen mit den Quartier-Gewerbevereins-Präsidenten waren folgende Themen besonders brisant: Die städtischen Aufwertungspläne (30er Zonen, Mischverkehr etc.) und deren Auswirkungen für das Gewerbe, die Optimierung der Mitgliederdatenbank und der Züspa-Auftritt 2013.

Quartier-Gewerbevereine und Berufsverbände

Den Quartier-Gewerbevereinen und den Berufsverbänden gebührt grosse Anerkennung für ihre bedeutenden Leistungen für das örtliche Gewerbe und das KMU.

Forum Zürich

Das Forum Zürich ist Plattform für 16 städtische und kantonale Wirtschaftsverbände. Es dient dem Informationsaustausch, der Koordination und Vertretung gemeinsamer Interessen und der Organisation und Koordination gemeinsamer Aktionen.



Podiumsgespräch «Wie viel Gewerbe braucht die Stadt?» mit den TOP5 im Swissôtel in Oerlikon (7. Januar 2014).

Der GVZ nimmt an diesem Runden Tisch teil und ist gleichzeitig im leitenden Ausschuss vertreten. Damit kann der GVZ die Interessen des städtischen Gewerbes direkt in die verschiedenen Forum Aktivitäten einbringen und ist stets informiert. Die Stadtratswahlen 2014 standen dieses Jahr im Mittelpunkt. Mit der Dachkampagne Top 5 haben die Wirtschaftsverbände die fünf Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP und CVP unterstützt. Ziel war die Stärkung der bürgerlichen Kräfte. Inhaltlich bildet das wirtschaftspolitische 6-Punkte-Programm eine gemeinsame programmatische Basis. Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage wurden die prioritären Anliegen der städtischen Wählerinnen und Wähler erhoben und in die Kampagne integriert.

Das Forum Zürich hat im Jahr 2013 zudem die Positionspapiere «Flughafen Zürich – Forderungen der Wirtschaft» und die «Entwicklungsstrategie Kanton Zürich» erarbeitet und nach Beschluss im Internet publiziert.

www.forum-zuerich.org

Stiftung Berufslehr-Verbund Zürich bvz

Die Stiftung bvz bezweckt die Integration von Jugendlichen ins Erwerbsleben durch Ausbildung, besonders die Integration von wenig geförderten Jugendlichen und Migrantinnen und Migranten. Sie führt einen Berufslehrverbund in Zusammenarbeit mit privaten und öffentlich-rechtlichen Betrieben, insbesondere mit Betrieben, welche alleine keine berufliche Grundbildung anbieten können.

Die Lehrstellensituation entspannt sich langsam. Dies gilt aber nicht für alle Bereiche in und um Zürich. Bei Berufen wie Büroassistent/-in EBA oder aber Kauffrau/-mann EFZ ist die Nachfrage immer noch höher als das Angebot. Zudem ist die Suche nach einer Lehrstelle für Jugendliche mit Migrationshintergrund oder für sozial wenig geförderte Jugendliche äusserst schwierig. Genau hier setzt die Stiftung Berufslehr-Verbund Zürich an.

Ziel ist es, motivierten Jugendlichen eine erfolgreiche Lehre EBA oder EFZ zu ermöglichen. Durch das Rotationsprinzip der Verbundlehre können auch Betriebe, welche sonst keine Lehrstellen anbieten können, ausbilden und damit ihren Beitrag für den beruflichen Nachwuchs leisten.

Der bvz ist keine soziale Einrichtung. Durch die strenge Selektion und die intensive Zusammenarbeit mit den Betrieben, Schulen, Ämtern und Eltern schliessen unsere Lernenden meist sehr erfolgreich ihre Lehre ab und sind danach gefragte Berufsleute.

Veranstaltungen

Berufsmesse Zürich 2013

Die vom Kantonalen Gewerbeverband Zürich (KGV) in Zusammenarbeit mit der Messe Schweiz AG organisierte Berufsmesse Zürich war auch in ihrer mittlerweile neunten Ausgabe 2013 wieder ein voller Erfolg. 240 Lehrberufe, 300 Weiterbildungsangebote und mehr als 60 Begleitveranstaltungen wurden präsentiert. Über 44'000 Jugendliche, Eltern, Lehrpersonen und Weiterbildungsinteressierte aus 10 Kantonen haben vom 19. bis 23. November 2013 den Weg in die Messe Zürich gefunden. Der grosse Erfolg der diesjährigen Veranstaltung

bestätigte erneut die führende Rolle der Berufsmesse Zürich als Bildungsplattform und unterstrich ihre zunehmende Bedeutung über die Kantongsgrenzen hinaus.

Treffen Hasenrain

Der GVZ hat zum sechsten Mal ein Plauschtreffen mit den Vorstandsmitgliedern der angeschlossenen Organisationen organisiert. Ziel des Anlasses war, gewerbliche Erfahrungen auszutauschen und persönliche Kontakte aufzubauen. Der gelungene Anlass mit 34 Teilnehmer/innen wird auch im kommenden Jahr wieder stattfinden.



Hasenraintreff in der Waldhütte ob Albisrieden.

Danke!

Steter Tropfen höhlt den Stein... mit dieser Strategie arbeitet der GVZ für die Interessen seiner Mitglieder. Es braucht Feingefühl und Ausdauer, um die Bevölkerung und die Behörden für gewerbliche Anliegen zu sensibilisieren. Unsere Geschäftsleiterin Ursula Woodtli, Buchhalterin Judith Sigrist und Jürg Studer als politischer Mitarbeiter haben sich mit vereinten Kräften für unsere Ziele eingesetzt. Ebenso konstruktiv waren die Diskussionen der Vorstandsmitglieder, die engagiert um die besten Lösungen ringen.

Der Förderverein bleibt uns erfreulicherweise treu und unterstützt unser Budget zuverlässig. So wie auch Sie, liebe Mitglieder. Ebenfalls unverzichtbar ist das Engagement und die Zusammenarbeit mit den lokalen Gewerbevereinspräsidenten und ihrer Vorstände.

Ich danke Ihnen allen für Ihren Beitrag!

Ihre
Nicole Barandun-Gross
Präsidentin

Anträge und Wahlvorschläge sind gemäss Art. 18 der Verbandsstatuten mindestens 14 Tage vor der Versammlung an die Geschäftsstelle oder der Präsidentin einzureichen.

Einladung zur 173. DV des Gewerbeverbands der Stadt Zürich

Dienstag, 20. Mai 2014

Fernsehstudio Leutschenbach, tpc
Fernsehstrasse 1-4, 8052 Zürich

Beginn: 18 Uhr

Referat von

Uwe Müller-Gauss, Consultant

zum Thema

**«Risikomanagement – lästige Pflichtübung
oder ein wirkungsvolles Mittel zur Verbesserung
der eigenen Wettbewerbsfähigkeit?»**

Traktanden

1. Begrüssung und Präsidialadresse
2. Protokoll der 172. Delegiertenversammlung vom 28. Mai 2013
3. Jahresbericht 2013
4. Jahresrechnung 2013
5. Entlastung des Vorstandes
6. Budget 2015
7. Wahlen:
 - 7.1 Präsidium
 - 7.2 Vorstand
 - 7.3 Revisionsstelle
8. Beschlussfassung über Anträge, welche von Verbandsorganen oder Mitgliedern unterbreitet werden
9. Offenes Mikrofon

Der GVZ freut sich, Sie anschliessend zum Apéro, welcher von der Zürcher Kantonalbank offeriert wird, einzuladen.

Zur Delegiertenversammlung haben Zutritt:

- a. Vorstands- und Ehrenmitglieder sowie Gäste des GVZ
- b. Präsidenten, Delegierte und Mitglieder der dem GVZ angeschlossenen Gewerbevereine und Berufsverbände sowie Einzelmitglieder
- c. Angehörige von Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegiertenversammlung

Die Stimmberechtigung richtet sich nach Art. 19 der Verbandsstatuten.

Anmeldungen bis spätestens 14. Mai 2014 an:



Geschäftsstelle GVZ

Oleanderstrasse 14

Postfach 7142

8050 Zürich

Tel. 044 311 34 35

Fax 044 311 34 37

info@gewerbezuersch.ch

www.gewerbezuersch.ch